

E-PAPER

Studie

Vom Zahlmeister zum Zukunfts- meister

Ein neues Selbstverständnis
Deutschlands in der EU

VON JOHANNES HILLJE UND CHRISTINE PÜTZ

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, April 2019
In Kooperation mit Das Progressive Zentrum

Vom Zahlmeister zum Zukunftsmeister

Von Johannes Hillje und Christine Pütz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
Einleitung	7
«Zahlmeister Europas» – Ein deutscher Glaubenssatz mit langer Tradition	7
Der Zahlmeistermythos prägt bis heute die Regierungspolitik	9
1. Die Zahlmeisterthese auf dem Prüfstand	11
Zeit für ein neues Selbstbild Deutschlands	14
2. Das Selbstbild der Deutschen in der EU	
Ergebnisse einer quantitativen undqualitativen Erhebung	15
Der Nutzen der EU ist nicht nur wirtschaftlich	15
Die EU macht Deutschland politisch stärker	17
Der Deutsche EU-Beitrag ist angemessen	18
Bereitschaft für mehr Ausgaben inausgewählten Bereichen	20
Deutschland sollte in der EU aktiver undkooperativer werden	22
3. Ein neues Selbstverständnis Deutschlands in der EU:	
Vom Zahlmeister zum Zukunftsmeister	24
1. Verantwortung für Zusammenhalt	24
2. Kooperativer Gestaltungsanspruch	26
3. Investition in die Zukunftsfähigkeit	28
4. Sicherung der Handlungsfähigkeit	29
Methodisches Vorgehen	31
Die Autorinnen und Autoren	32

Vorwort

Deutschlands Verantwortung für das Fortkommen der Europäischen Union steht seit einigen Jahren vielfältig auf der Tagesordnung: Ob in der europäischen Schuldenkrise, den starken Flüchtlingsbewegungen, der europäischen Klimapolitik oder der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – die Augen sind auf Berlin gerichtet. Derweil ringt die deutsche Politik um ein neues Selbstverständnis: Soll die Bundesrepublik als wirtschaftsstärkstes und bevölkerungsreichstes EU-Land eine neue Führungsrolle in der EU einnehmen? Oder soll es in der Mitte Europas als Brückenbauer agieren: zwischen Ost und West, zwischen dem Süden und dem Norden Europas, zwischen denen, die die EU vertiefen wollen, und denen, die zurückhaltend sind?

Lange Jahre war Deutschland gemeinsam mit Frankreich das Zugpferd der europäischen Integration. Insbesondere in der festen Überzeugung und Erkenntnis, dass nur das gemeinschaftliche Zusammenwachsen für alle Beteiligten Frieden, Stabilität und Wohlstand sichern könne – und dass dieses Zusammenwachsen zum Vorteil Aller selbstverständlich einen Preis hat. Einen Preis, der in aller Fairness nach den jeweiligen Möglichkeiten und Fähigkeiten der Beteiligten gezahlt werden muss. In der letzten Zeit ist die deutsche Europapolitik jedoch durch Stillstand und Zurückhaltung geprägt. Ein wesentliches Argument, das stets angeführt wird, besteht in der Behauptung, Deutschland tue bereits mehr als genug für die EU und dürfe nicht länger zum «Zahlmeister Europas» gemacht werden.

Das ist ein Mythos. Ein mit seriösen Erhebungen und Datenlagen kaum begründbarer Mythos, der jedoch in den innenpolitischen Debatten aus sehr unterschiedlichen Motivationslagen heraus immer wieder in den Diskussionen angeführt – oder mit zum Teil unseligen Konnotationen instrumentalisiert wird. Im besten Falle heißt es, dass die deutschen Wählerinnen und Wähler nicht bereit seien, noch mehr für Europa zu zahlen. Doch wie sehen die Deutschen das tatsächlich, was ist ihnen Europa wert? Und ist diese merkwürdige europapolitische Furcht vor den deutschen Wählerinnen und Wählern gerechtfertigt? Dieser Frage geht die vorliegende Studie auf den Grund. Die in diesem Rahmen beauftragte Erhebung zeigt, dass die Deutschen durchaus ein Bewusstsein dafür haben, dass die EU-Mitgliedschaft einen großen Nutzen für sie hat. Die Mehrheit wünscht sich eine aktivere Europapolitik und ist bereit, mehr in die Zukunft Europas und damit in die eigene Zukunft zu investieren, wenn es denn um konkrete gemeinschaftliche Politikfelder geht.

Der Mythos von Deutschland als Zahlmeister hatte in der Eurokrise Hochkonjunktur. Gleichzeitig ließ die – stark von Berlin beeinflusste – europäische Sparpolitik die Schere zwischen Arm und Reich sowohl zwischen den Mitgliedsländern als auch innerhalb einzelner Staaten immer weiter auseinandergehen. Diese Verwerfungen haben die Europäische Union weit über die wirtschaftliche und soziale Krise hinaus in eine Legitimationskrise gestürzt. Als Reaktion wenden sich viele Menschen von der Politik im Allgemeinen und von

Europa im Speziellen ab. Mehr noch, die Europäische Union wird neben den Auswirkungen der Globalisierung als verschärfender Krisenfaktor wahrgenommen.

Diesen Erfahrungen etwas entgegenzusetzen, die Glaubwürdigkeit des europäischen Versprechens von Frieden, Freiheit und Wohlstand wieder einzulösen, das ist die Herausforderung künftiger Europapolitik. Es gibt gute Argumente dafür, dass dies gelingt, wenn Deutschland seiner Verantwortung für Europa aktiv gerecht wird und mit politischen Zukunftsentscheidungen seine Partner in der Union ernstnimmt und unterstützt. Deutschland muss als größter Profiteur des Binnenmarktes in die Zukunft der EU investieren. Die Umsetzung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Politik, die die großen Zukunftsthemen von Digitalisierung und Klimakrise proaktiv angeht, wird nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger mit guten Argumenten überzeugt werden und verlässliche Politik erleben. Die Zukunftssicherung bedarf neuer Ausgaben, aber auch struktureller Reformen des EU-Budgets im Sinne von Nachhaltigkeit, Friedenssicherung und demokratischen Freiheiten. Bei allem politischen Ringen um die richtigen Antworten, muss eines immer klar sein: Die Herausforderungen unserer Zeit kann Europa nur gemeinsam meistern.

Berlin, im April 2019

Dr. Ellen Ueberschär
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Zusammenfassung

Obwohl die Europäische Union nach innen wie nach außen vor enormen politischen Herausforderungen steht, zeigte Deutschland in den letzten Jahren wenig Initiative in der Europapolitik. Reformvorschläge von anderen, insbesondere von Frankreich, wurden größtenteils abgewiegelt und darauf verwiesen, dass «die deutschen Steuerzahler» nicht noch mehr belastet werden dürften. Dahinter steht die These, dass Deutschland als «Zahlmeister Europas» in unangemessener Weise zur Kasse gebeten werde.

Dieser These geht die vorliegende Studie auf den Grund. Auch wenn Deutschland der größte Nettozahler in den EU-Haushalt ist, profitiert die Exportnation Deutschland gerade ökonomisch von der EU-Mitgliedschaft, vor allem vom Binnenmarkt. Zudem blendet die «Zahlmeisterthese» jeglichen politischen Nutzen der europäischen Gemeinschaft wie Stabilität, Freizügigkeit und Frieden aus. Trotzdem scheint der Zahlmeistermythos mitverantwortlich für die gegenwärtige zurückhaltende deutsche EU-Politik zu sein.

Die Studie hat untersucht, welches Selbstbild die deutschen Bürgerinnen und Bürger in Hinblick auf die Rolle ihres Landes in der EU haben. Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage und mehrerer Gruppendiskussionen sind:

- Eine klare Mehrheit der Deutschen wünscht sich mehr Engagement von Deutschland in der EU: Über 75 Prozent der Befragten wollen, dass sich Deutschland künftig aktiver in der EU und kooperativer gegenüber den europäischen Partnern verhält.
- Die Deutschen sehen den Nutzen der EU-Mitgliedschaft in erster Linie politisch und in zweiter Linie wirtschaftlich: 76,6 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. 66 Prozent glauben, dass Deutschland unterm Strich wirtschaftlich mehr Vor- als Nachteile von der EU hat.
- Eine Mehrheit der Deutschen hält den finanziellen Beitrag Deutschlands zum EU-Budget nicht für zu hoch: 51,1 Prozent meinen, dass der Beitrag angemessen ist und 9,6 Prozent hält ihn für zu niedrig. 36,4 Prozent ist dagegen der Meinung, dass Deutschlands Beitrag zu hoch ist.
- Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen wünscht sich, dass Deutschland und die EU-Partner für bestimmte Politikfelder gemeinsam mehr ausgeben : Über 90% der Befragten wünschen sich mehr gemeinsame Ausgaben insbesondere für Klima- und Umweltschutz, Forschung und Bildung, Verteidigung und Sicherheit sowie Arbeit und Soziales.

Die Befunde der Umfrage zeigen, dass die Zahlmeisterthese im Widerspruch zu den Einstellungen in der deutschen Bevölkerung steht. Die Mehrheit der Deutschen reflektiert die

EU-Mitgliedschaft weit über den wirtschaftlichen Nutzen hinaus, sie hält die deutschen Finanzbeiträge zur EU nicht für zu hoch und wünscht sich für bestimmte politische Bereiche mehr finanzielles Engagement von Deutschland und den EU-Partnern. Die Zeit scheint reif für ein neues, zukunftsorientiertes und über rein ökonomische Parameter hinausgehendes Selbstbild Deutschlands in Europa. Eine solche Haltung sollte sich insbesondere im deutschen Europadiskurs derjenigen widerspiegeln, die den Zahlmeistermythos bislang auf Kosten des europäischen Gemeinschaftsgeistes als finanzielles Argument gegen unliebsame politische Maßnahmen eingesetzt haben: Statt die EU als Kostenfaktor darzustellen und eine eindimensionale Plus-Minus-Rechnung aufzumachen, sollte im politischen Wettstreit über sinnvolle Maßnahmen für die Zukunft gestritten und Europa als Gestaltungsfaktor verstanden werden.

Eine differenzierte Analyse der Ergebnisse zeigt aber auch, dass Menschen mit niedriger formaler Bildung und ländlicher Wohnlage weniger an den Nutzen der EU glauben als diejenigen mit hoher Bildung und urbaner Wohnlage. Als Profiteur von der europäischen Gemeinschaft hat Deutschland Verantwortung für Europas Zusammenhalt. Auch als Folge der Eurokrise ist die Schere zwischen Arm und Reich zwischen den Mitgliedsländern und innerhalb einzelner Staaten in den letzten Jahren weiter auseinandergegangen. Dies hat zu Verwerfungen geführt und zur Legitimationskrise die Europäische Union beitragen. Deutschland ist mit in der Verantwortung, der gegenwärtigen multiplen Spaltung Europas aktiv entgegen wirken. Dazu gehört die Verringerung der ökonomischen Ungleichgewichte in der EU und die Bekämpfung der Stadt-Land-Spaltung, um Verunsicherungen sowie Misstrauen gegenüber der Politik in der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Deutschland sollte seine starke Position in der EU als Möglichkeit zur politischen Gestaltung gemeinsam mit den EU-Partnern verstehen. Aus diesem kooperativen Gestaltungsanspruch heraus erscheint Europa dann nicht primär als Kostenfaktor, sondern als Gestaltungsfaktor. Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, soziale Sicherheit oder Infrastruktur sind Investition in die Zukunftsfähigkeit der EU und damit auch Deutschlands. Es geht bei der Zukunftssicherung jedoch keineswegs allein um neue Ausgaben, sondern vor allem auch einer neuen Priorisierung vorhandener Mittel im EU-Budget. Zudem ist die Sicherung der Handlungsfähigkeit der EU eine Herausforderung, der unter anderem mit Reformen bei den Entscheidungsprozessen begegnet werden kann. Zur Gestaltung der Zukunft Europas muss Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland seinen Beitrag leisten. Die Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger ist dazu bereit.

Einleitung

«Melkkuh», «Lastesel», «Diener»: Es gibt mittlerweile eine lange Liste von Metaphern, die ein ganz bestimmtes Selbstverständnis von Deutschlands Rolle in der Europäischen Union zum Ausdruck bringen. Das Bild vom «Zahlmeister Europas» hat seit den 1970er Jahren in der deutschen Europa-Debatte immer wieder Konjunktur und wird auch in den gegenwärtigen Diskussionen über Reformen und eine Weiterentwicklung der EU regelmäßig bemüht. Es drückt Unzufriedenheit über eine vermeintlich ungerechte Lastenverteilung in der EU aus und impliziert, dass Deutschland «draufzahlt», während die anderen Mitgliedsländer von Deutschland profitieren. Im Kern konstruiert dieses Narrativ also einen Opfermythos: Als Nettozahler für den EU-Haushalt müsse Deutschland für die schwache Wirtschaft anderer Länder aufkommen. Mit anderen Worten: Deutschland zahlt, die anderen Länder halten die Hände auf. Diese Sichtweise reduziert die EU-Mitgliedschaft auf eine simplifizierte, kurzfristige und rein finanzielle Kosten-Nutzen-Rechnung. Damit negiert sie den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der EU für Deutschland und blendet jegliche politischen Vorteile wie gemeinsame Stärke nach Außen und Frieden nach Innen aus. Die Zahlmeisterthese hat sich im deutschen Diskurs wie ein Glaubenssatz festgesetzt, der fast so alt ist wie die Europäische Integration selbst. Er wirkt sich bis heute auf die Regierungspolitik aus, obwohl er bei genauer Betrachtung sowohl in ökonomischer als auch politischer Hinsicht nicht haltbar ist.

«Zahlmeister Europas» - Ein deutscher Glaubenssatz mit langer Tradition

Den Begriff vom «Zahlmeister Europas» hat in den 1970er Jahren der damalige Bundesfinanzminister Horst Apel (SPD) geprägt, als er in Brüssel anlässlich der Einführung des europäischen Regionalfonds Deutschlands Beitrag verhandelte.^[1] Die Ursprünge dieser Selbstzuschreibung gehen aber weiter in die Geschichte Nachkriegsdeutschlands zurück, als die ökonomisch aufstrebende Bundesrepublik nach dem Wirtschaftswunder schnell zur stärksten Wirtschaftskraft und damit zum größten Beitragszahler der Europäischen Gemeinschaft wurde. Die außenpolitisch zurückhaltende Bundesrepublik nahm sich bald als «politischen Zwerg» und «wirtschaftlichen Riesen» wahr, der seinen großen finanziellen Beitrag nicht in einen entsprechenden politischen Einfluss übertragen kann. Mehr noch als

1 Münster, Winfried (1998): Der Nettozahler Deutschland sollte still sein, Beitrag in der Süddeutschen Zeitung vom 14. Juli 1998; interessant ist außerdem dieses Interview mit Hans Apel vom 28.06.2007 aus dem Deutschlandfunk: https://www.deutschlandfunk.de/froehlich-und-aggressiv-fuer-die-eigene-ueberzeugung.1295.de.html?dram:article_id=193294

eine Klage über die hohen Zahlungen ist die Zahlmeisterthese eine Klage über die «mangelnde Bereitschaft der Partner, dem Zahlmeister auch politisch zu folgen.»^[2]

Gleichzeitig basiert die Zahlmeisterthese auf einem zentralen Pfeiler deutscher Finanzpolitik: der Spargugend. Diese wurde auch durch die beiden traumatisierenden Währungszusammenbrüche des 20. Jahrhunderts und dem damit verbundenen Verlust der Sparvermögen nicht erschüttert. Sie wird in der öffentlichen Wahrnehmung als ideelle Basis der deutschen Sparpolitik angesehen – unabhängig von der realen Finanzpolitik der jeweiligen Bundesregierungen.^[3] Die Zahlmeisterthese greift diesen Geist auf und mündet in dem Verdacht, dass allein Deutschland als «Sparmeister» Europas sorgsam mit seinen Haushaltsmitteln umgehe. Die europäischen Partner stehen dagegen unter Generalverdacht auf Kosten der deutschen Steuerzahler verschwenderisch mit Geld umzugehen, «ihre Hausaufgaben» in puncto Reformen nicht zu machen und «über ihre Verhältnisse zu leben».

Die Zahlmeisterthese hatte immer dann Konjunktur, wenn es um weitere Integrationschritte in der Staatengemeinschaft ging. Eine neue Dimension erhielt dieser Diskurs im Rahmen der Eurokrise. Eine weitverbreitete Wahrnehmung war damals, dass Deutschland als größter Kreditgeber für den «Euro-Rettungsschirm» in Mithaftung für fehlgeleitete Politiken anderer Länder genommen werde. Dieser Vorstellung wurde gleichermaßen von Teilen der Medien und der Politik Vorschub geleistet.^[4] In den öffentlichen Debatten mancher Krisenländer, allen voran Griechenland, fand der deutsche Zahlmeister dagegen mit dem «Zuchtmeister» oder «Profitmeister» Deutschland seine rhetorischen Gegenspieler. Diese Diskrepanz in der Selbst- und Fremdwahrnehmung Deutschlands tritt auch in anderen Politikfeldern der EU auf, wie zum Beispiel der Migrationsdebatte seit dem Spätsommer 2015, und führt mitunter zu ernsthaften Verwerfungen unter den EU-Ländern.^[5]

2 Janning, Josef (1993): Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch der Europäischen Integration, S.307.

3 Sparen, Geschichte einer deutschen Tugend, Hrsg. Robert Muschalla, Deutsches Historisches Museum, 2018.

4 Dazu ausführlich: Demesmay, Claire und Pütz, Christine: Frankreich und Deutschland. Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, <https://www.boell.de/de/2016/07/14/frankreich-und-deutschland-bilder-ueber-den-nachbarn-zeiten-der-krise>

5 Dazu ausführlich: Hillje, Johannes (2019): Plattform Europa - Warum wir schlecht über die EU reden und wie ein neues digitales Netzwerk den Nationalismus überwinden kann, S.41ff.

Der Zahlmeistermythos prägt bis heute die Regierungspolitik

Alte Debatten will diese Studie nicht wieder aufwärmen. Höchstaktuell ist jedoch, wie der durch die Eurokrise verstärkte «Nettozahlerreflex» die gegenwärtige Politik der Bundesregierung prägt. Bis heute wird die Zahlmeisterthese im politischen Wettstreit als Argument angeführt, um die europäische Integration zu verlangsamen oder gar ganz zu stoppen. Dieser Geist spiegelt sich in der zurückhaltenden Europapolitik der Bundesregierung der letzten Jahre wider, obwohl der Koalitionsvertrag einen «Aufbruch für Europa» und sogar mehr Finanzmittel für den EU-Haushalt versprach. Bei den aktuellen Diskussionen über Reformen, Investitionen und Vertiefungen der EU wird regelmäßig der Einwand erhoben, man könne die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht noch mehr belasten. Genau auf diese Weise reagierte zum Beispiel im April 2018 Ralph Brinkhaus, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, auf den Vorschlag von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron zur Schaffung eines Europäischen Währungsfonds: «Die Union wird kaum europäischen Reformplänen zustimmen, die so interpretiert werden könnten, dass Deutschland für andere Staaten zahle.»^[6] Bereits ein paar Monate zuvor hatte Brinkhaus auf einen Vorschlag der EU-Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion nach dem gleichen Muster geantwortet: «Die EU-Kommission sollte bedenken, dass viele der angedachten Maßnahmen zu einer weiteren Belastung des deutschen Steuerzahlers führen werden.»^[7] Sein Unionskollege aus der CSU, Markus Söder, meinte in der Sendung «Maybrit Illner» vom 03. Mai 2018: «Wenn die Initiativen nur damit enden, dass Deutschland immer alles bezahlt, dann gibt es schon sehr viele Menschen, die sagen: Wir sind sehr für Europa, aber dass wir immer alles bezahlen müssen, das wäre einfach ein Tick zu viel.» Doch nicht nur die Politik, auch einige Medien füttern den Mythos vom «Lastesel» Deutschland: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb am 19. März 2018, «jeder französische Vorschlag» für Reformen in der EU, «stößt auf den Verdacht, in Wahrheit sei der deutsche Zahlmeister gefragt».^[8] Im Handelsblatt wurde der Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz für eine europäische Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen am 17. Oktober 2018 mit dem kurzen Satz: «Scholz will zum Zahlmeister werden» bewertet.^[9]

6 Zitiert in der Süddeutschen Zeitung vom 13. April 2018: «Fahnenflucht», <https://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-fahnenflucht-1.3941836>

7 Nachzulesen auf der Webseite von Ralph Brinkhaus: <https://www.ralph-brinkhaus.de/bei-vertiefung-der-wirtschafts-und-waehrungsunion-besteht-noch-erheblicher-diskussionsbedarf>

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.3.2018: «Die letzte Chance für Europa?»

9 Handelsblatt vom 18.10.2018: «Ein EU-Arbeitslosenfonds?»

Zwar gibt es in der amtierenden Regierungskoalition aktuell auch Stimmen, die nicht zuletzt wegen des Brexits ein stärkeres finanzielles Engagement Deutschlands in der EU fordern^[10], aber die insgesamt zurückhaltende deutsche Europapolitik der letzten Jahre scheint noch immer den Geist vom Zahlmeister zu atmen. Deutschland geht weder beherzt mit eigenen Initiativen voran, noch greift es Vorschläge europäischer Partner konstruktiv auf. Es entsteht stattdessen der Eindruck, dass Reformvorstöße anderer EU-Mitglieder unter Generalverdacht stehen, allein weitere deutsche Geldtöpfe anzapfen zu wollen, und deshalb verhindert werden müssten. Die zögerliche Haltung Deutschlands ist ein Problem für die ganze EU geworden. Denn die Ursachen für die Krise sind bei weitem nicht behoben. Klar ist jedoch: Ohne deutsche Zustimmung oder Initiativen wird die EU nicht die notwendigen Reformen angehen können, die sie für ihre Handlungsfähigkeit so dringend benötigt. Und dabei geht es gar nicht in erster Linie um Geld, sondern allem voran um eine pro-aktive Haltung zur Gestaltung der Zukunft.

Diese Studie beschäftigt sich in den folgenden Kapiteln auf drei Weisen mit der Zahlmeisterthese und dem Selbstverständnis Deutschlands in Europa: Im ersten Kapitel wird die Zahlmeisterthese anhand ökonomischer Daten einer kritischen Prüfung unterzogen. Im zweiten Kapitel werden die Ergebnisse einer eigens für diese Studie durchgeführten Umfrage und Gruppendiskussionen zum Selbstbild der Deutschen in der EU präsentiert. Im dritten Kapitel wird auf Basis dieser Ergebnisse ein Grundgerüst für ein neues und zeitgemäßes Selbstverständnis Deutschlands in Europa entworfen. Es soll dazu dienen, eine Debatte über Deutschlands Haltung zur eigenen Rolle in der EU anzuregen.

10 Handelsblatt Online vom 25.03.2019: «Söder: Unions-Europa-Programm als Zeichen der Einheit», <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/europawahl-soeder-unions-europa-programm-als-zeichen-der-einheit/24141420.html>

1. Die Zahlmeisterthese auf dem Prüfstand

Die Zahlmeisterthese unterstellt, dass Deutschlands finanzieller Beitrag zur Europäischen Union unverhältnismäßig hoch sei. Selbst wenn man jeglichen politischen Nutzen vernachlässigt, der in eine seriöse Kosten-Nutzen-Rechnung einbezogen werden sollte, ist diese Behauptung auch nach rein ökonomischen Kriterien nicht nachvollziehbar. Eine solche Bilanz muss die Beiträge zum EU-Haushalt im Verhältnis zur wirtschaftlichen Stärke betrachten und den Nutzen durch den integrierten Binnenmarkt und die Währungsunion einbeziehen. Korrekt ist, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft in absoluten Zahlen den größten Beitrag in den EU-Haushalt zahlt (mit 19 Milliarden Euro etwa 20 Prozent des EU-Budgets), da sich die Beiträge überwiegend nach der Wirtschaftskraft eines Landes bemessen.^[11] Gemessen an der Wirtschaftskraft lag Deutschlands Beitrag in den letzten 10 Jahren mal an erster, mal an zweiter oder dritter Stelle, nach Schweden und Dänemark. Es gibt für den EU-Haushalt somit keine Beitragsprogression, wie sie innerhalb der meisten EU-Länder üblich ist, um auch über die Einnahmeseite einen Ausgleich zwischen Reich und Arm zu schaffen (zum Beispiel durch das Ansteigen des Steuersatzes in Abhängigkeit vom Einkommen). Pro Kopf gerechnet zahlen die Deutschen nicht am meisten ein. 2017 standen sie nach Schweden an zweiter Stelle, 2012 waren sie noch an vierter Stelle hinter Schweden, Dänemark und Luxemburg (Abbildung 1).

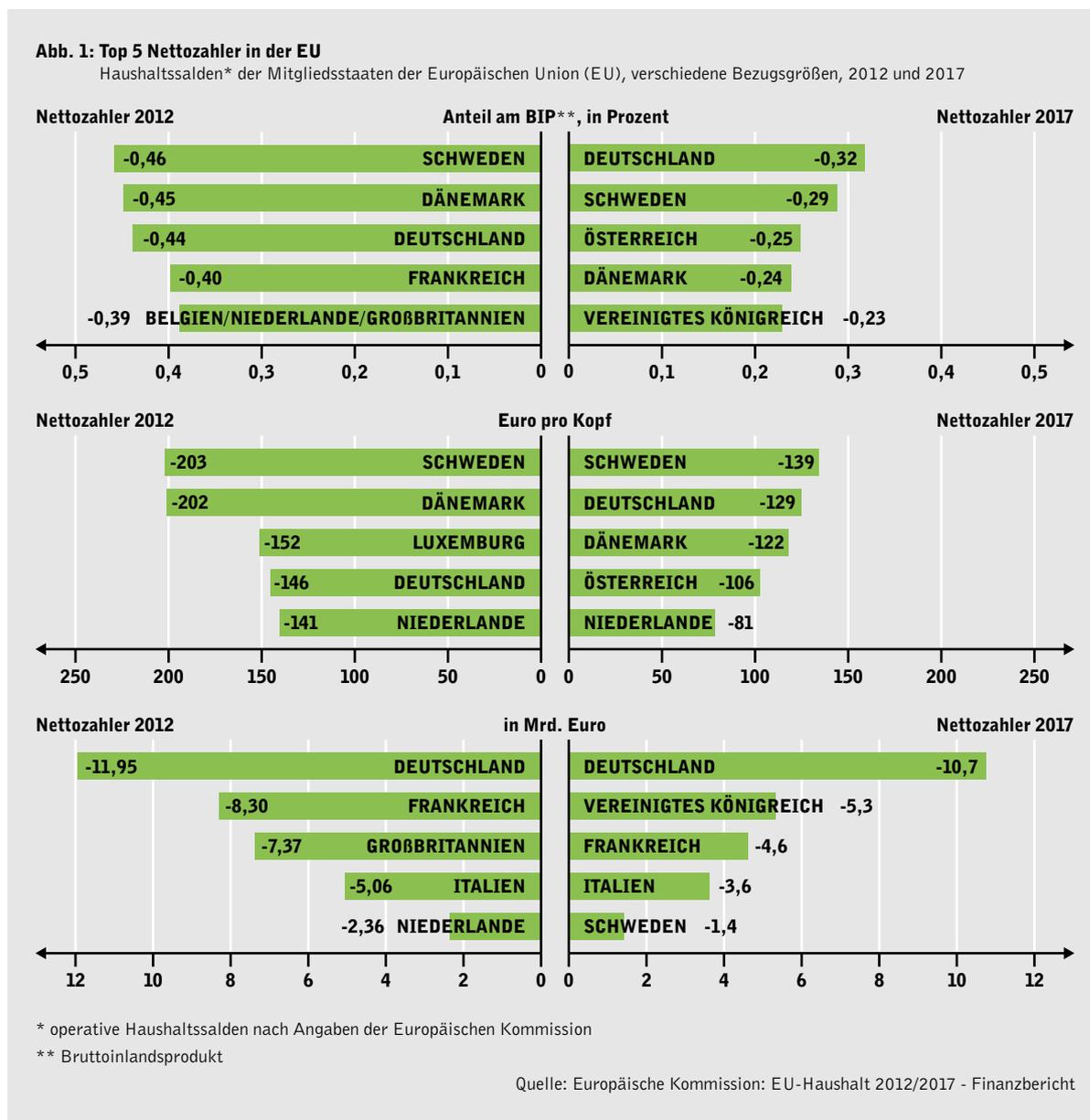
Ebenfalls unbestritten ist, dass Deutschland der größte Nettozahler in der EU ist. Nur knapp die Hälfte des Beitrags fließt wieder zurück ins Land (in strukturschwache Regionen, Landwirtschaft, Forschung usw.). So lag Deutschlands Nettobeitrag 2017 bei circa 10 Milliarden Euro, während er für Großbritannien und Frankreich auf Platz zwei und drei bei etwa 5 Milliarden Euro lag. Doch auch hier gilt, dass Deutschland gemessen an der Wirtschaftskraft in den letzten Jahren keineswegs an der Spitze stand, sondern sich etwa mit den Niederlanden, Schweden und gar Italien abwechselte.^[12] Dieser Nettobeitrag zielt darauf ab, das Wachstum in den schwächeren Regionen Europas zu stärken. Er oszilliert in den letzten Jahren um die 0,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens und wird somit von den weitreichenden, positiven ökonomischen Effekten der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarkts in den Schatten gestellt. In diesen Binnenmarkt, also in die anderen EU-Staaten, gingen 2018 knapp 60 Prozent der Exporte deutscher Unternehmen.^[13] Die Europäische Kommission bezifferte 2018 die Steigerung des realen Einkommens für

11 Europäische Kommission (2018): EU expenditure and revenue 2014-2020, http://ec.europa.eu/budget/graphs/revenue_expenditure.html

12 Politico (2018): The Cappuchino Index, erschienen am 16.1.2018: https://www.politico.eu/article/the-eu-membership-value-post-brexit-budget-coffee-index/?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=a4fa07b012-EMAIL_CAMPAIGN_2018_01_16&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-a4fa07b012-189825829

13 Statistisches Bundesamt (2019): Zahlen zum Außenhandel, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Aussenhandel.html>

Deutschland durch die Vorteile des Binnenmarkts auf ein Plus von knapp 120 Milliarden Euro im Vergleich zu 2014. ^[14] Zwar sind diese Berechnungen und Projektionen nur bedingt belastbar, doch ist allgemein unbestritten, dass Deutschland von der EU mehr profitiert als es einzahlt^[15] – und das noch ohne Berücksichtigung der politischen Vorteile wie Stabilität, Berechenbarkeit und Freizügigkeit.



14 Europäische Kommission (2018): Oettinger zu EU-Finzen nach 2020: «Nettozahler-Debatte ist zunehmend sinnentleert», https://ec.europa.eu/germany/news/20180214-oettinger-zu-eu-finzen-nach-2020-nettozahler-debatte-ist-zunehmend-sinnentleert_de

15 So zum Beispiel eine Berechnung der Bertelsmann-Stiftung (2013): https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_37726_37727_2.pdf

Mit der Eurokrise ist eine neue Dimension hinzugekommen. Die Entscheidung der Eurozone, für griechische und andere Staatsschulden einzustehen, hat erhebliche Kosten und Risiken verursacht. Aber auch die Alternativen bargen neben den entscheidenden politischen Abwägungen hohe finanzielle Risiken. Hätte man zum Beispiel Griechenland pleite gehen und aus dem Euro ausscheiden lassen, wäre die Folgen für die Eurozone und die EU insgesamt unvorhersehbar gewesen. Neben den langfristigen Kosten und Risiken, die heute schwer abschätzbar sind, hat die aus der Eurokrise resultierende Niedrigzinspolitik der EZB kurzfristig den Bundeshaushalt der letzten Jahre entlastet.

Exkurs: Das Fremdbild Deutschlands in der EU

Traditionell genießt Deutschland ein positives Image in Europa. Es wird für seine wirtschaftliche Stärke bewundert und als zuverlässiges, fleißiges und am wenigsten korruptes EU-Land gesehen.^[16] Allgemein nach der Meinung über Deutschland gefragt, kommt das Eurobarometer im Herbst 2017 zu dem Ergebnis, dass 72 Prozent der Europäerinnen und Europäer ein positives Bild von Deutschland haben.^[17] Geht es im Besonderen um die Rolle Deutschlands in der EU, so haben laut einer Erhebung der Bertelsmann-Stiftung von 2017 jedoch nur noch 56 Prozent der EU-Bürgerinnen und Bürger eine positive und 44 Prozent eine negative Meinung.^[18] Beide Erhebungen zeigen zudem deutliche Unterschiede zwischen den EU-Ländern auf: In den Eurobarometer-Daten wird Deutschland am positivsten von den Bevölkerungen in den Niederlanden, Schweden und Dänemark bewertet (jeweils über 90 Prozent). Mehrheitlich negativ ist das Bild von Deutschland in Griechenland (75 Prozent) und Zypern (50 Prozent), aber auch in Portugal, Italien, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen fällt die Bewertung Deutschlands negativer als im EU-Durchschnitt aus. Die Bertelsmann-Stiftung wiederum hat erhoben, dass die Mehrheit in Italien (69 Prozent) und Polen (58 Prozent) die Rolle Deutschlands in der EU als schlecht bewertet. Als genereller Trend zeigt sich, dass alle Länder, die Deutschland negativer sehen, entweder im südlichen oder östlichen Teil der EU liegen.

16 PEW Research Center (2013): The New Sick Man of Europe: the European Union, <https://www.pewglobal.org/2013/05/13/the-new-sick-man-of-europe-the-european-union>

17 Europäische Kommission (2017): Spezial Eurobarometer 467, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/83297>

18 Bertelsmann-Stiftung (2017): Eine Quelle der Stabilität? Die öffentliche Meinung in Deutschland und in Europa in Zeiten politischer Polarisierung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_eupinions_Stabilitaet.pdf

Zeit für ein neues Selbstbild Deutschlands

Die ökonomischen Daten sind weitaus differenzierter als es die Zahlmeister-Argumentation suggeriert. Trotzdem ist – auch nach Beendigung der Kreditprogramme aus der Eurokrise – das Selbstbild vom Zahlmeister geblieben und beeinflusst den gegenwärtigen politischen Kurs Deutschlands in Europa. Es stellt sich die Frage, inwiefern die deutschen Bürgerinnen und Bürger das Selbstbild vom Zahlmeister teilen: Ist es eine existierende Befürchtung unter den Deutschen oder nur eine rhetorische Figur, mit der für einen bestimmten europapolitischen Kurs geworben wird? Wie sollte ein zukunftsgerichtetes und realistisches deutsches Selbstbild aussehen, das gleichermaßen der wirtschaftlichen und politischen Realität sowie den Ansprüchen der Deutschen an die eigene Rolle in Europa gerecht wird? Eine umfassende Analyse des deutschen Selbstbildes in der EU gibt es aus der jüngeren Vergangenheit nicht. Somit ist eine zentrale Frage, welche Aspekte die Einstellungen der Deutschen hinsichtlich der Rolle ihres Landes in der EU prägen. Diese Studie soll Hinweise für die Beantwortung dieser Fragen liefern. Im folgenden Kapitel werden dazu die Ergebnisse einer Umfrage zum Selbstbild der Deutschen in der EU vorgestellt. Das primäre Erkenntnisinteresse ist dabei, wichtige Aspekte für eine Haltung und Selbstreflexion zur Rolle Deutschlands in der EU aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu ermitteln.

2. Das Selbstbild der Deutschen in der EU

Ergebnisse einer quantitativen und qualitativen Erhebung

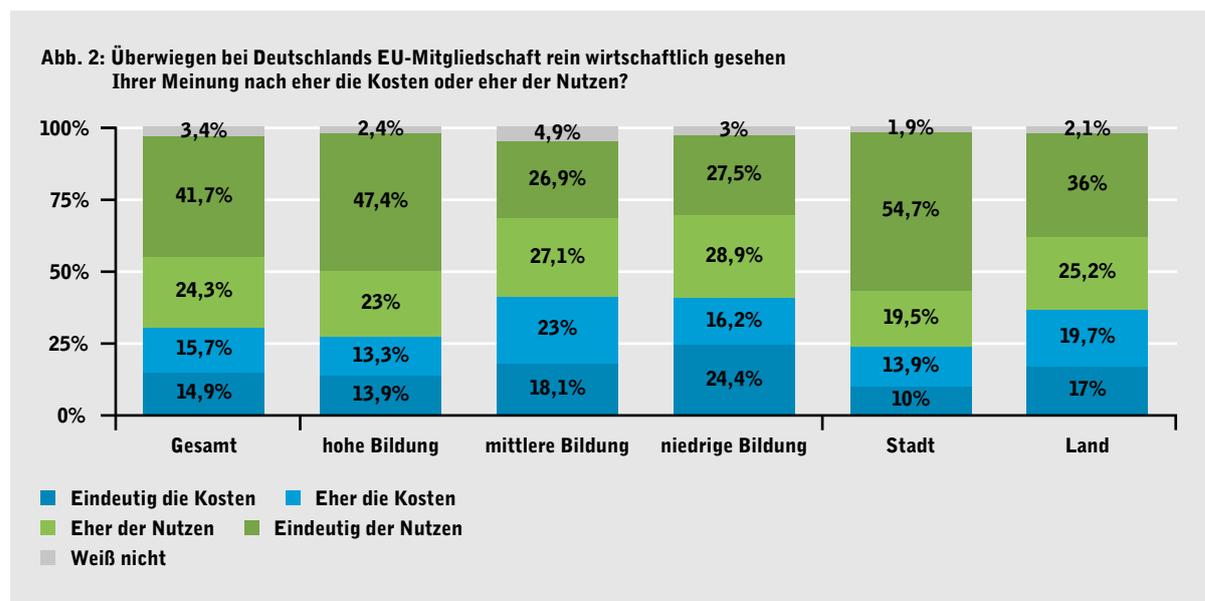
Für diese Studie wurde eine zweistufige Untersuchung zum Selbstbild der Deutschen über die Rolle ihres Landes in der EU durchgeführt: Der erste Teil bestand aus qualitativen Gruppendiskussionen, der zweite Teil aus einer repräsentativen Online-Umfrage mit 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (siehe Informationen zur Methodik auf Seite 30). Beide Erhebungen fanden im Januar 2019 statt, rund vier Monate vor den Europawahlen. Die Befunde werden im Folgenden entlang der Ergebnisse der Umfrage dargestellt und von Zitaten aus den Gruppendiskussionen flankiert.

Der Nutzen der EU ist nicht nur wirtschaftlich

Hinsichtlich der generellen Haltung der Deutschen zur EU herrscht im Frühjahr 2019 in Deutschland ein europafreundliches Klima: 75,1 Prozent der Bürgerinnen und Bürger meinen, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft gegenüber den Nachteilen überwiegen. Dieser Befund bestätigt die Daten des Eurobarometers aus dem Sommer 2018.^[19] Die positive Einstellung zur EU-Mitgliedschaft zieht sich quer durch die Gesellschaft: Wenn man die Bevölkerung entlang der soziodemographischen Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung, Kaufkraft, Stadt-Land und Ost-West ausdifferenziert, zeigt sich in allen Teilgruppen jeweils eine Mehrheit, die sich zu den Vorteilen der EU bekennt. Diese Mehrheiten sind jedoch zum Teil sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Die größte Differenz findet sich zwischen ländlichen und urbanen Bevölkerungsteilen: Während nur 17,5 Prozent der Menschen aus urbanen Gebieten mehr Nachteile bei der EU-Mitgliedschaft sehen, sind es in der ländlichen Bevölkerung 28 Prozent.

Die einzige Gruppe, die mehr Nach- als Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft sieht, sind die Anhängerinnen und Anhänger der AfD. Von ihnen sind 77 Prozent der Meinung, dass die Nachteile überwiegen. Mehr Vor- als Nachteile bei der EU-Mitgliedschaft sieht eine Mehrheit der Anhänger der Grünen (90,7 Prozent), SPD (90,6 Prozent), Die Linke (81,3 Prozent), CDU/CSU (84,2 Prozent) und FDP (66,5 Prozent). Diese Spaltung zwischen AfD-Lager und anderen Parteien zieht sich fast durch den kompletten Datensatz.

19 Eurobarometer (2018): Taking up the challenge, <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2018/parlemeter-2018/report/de-parlemeter-2018.pdf>



Da die Zahlmeisterthese den Fokus auf die finanziellen Aspekte der europäischen Gemeinschaft legt, ist für diese Studie von großem Interesse, wie die Deutschen den wirtschaftlichen Nutzen der EU-Mitgliedschaft bewerten. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger geben an, dass rein wirtschaftlich gesehen, der Nutzen die Kosten der EU-Mitgliedschaft übersteigt (Abbildung 2). 30,7 Prozent sind der Meinung, dass die Kosten überwiegen.

«Wenn man viel exportiert, dann hat man da natürlich auch einen großen Vorteil.»

«Ich würde den Euro als Nachteil sehen, weil durch den Euro alles viel teurer geworden ist.»

Dieses Meinungsbild findet sich in der Tendenz in allen erhobenen soziodemographischen Gruppen, auch wenn die Mehrheiten erneut unterschiedlich stark ausgeprägt sind: So bewerten unter den Befragten mit niedriger formaler Bildung (Hauptschulabschluss/kein Abschluss) nur 56,4 Prozent den Nutzen höher als die Kosten, während dies unter Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur über 70 Prozent meinen. Auch zwischen Stadt- und Landbevölkerung zeigen sich erneut Unterschiede: In urbanen Regionen meinen 74,2 Prozent, dass der wirtschaftliche Nutzen die Kosten übersteigt, in ländlichen Gebieten sehen das nur 61,2 Prozent so.

Aus rein ökonomischer Perspektive sieht eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Deutschen einen Mehrwert der EU. Geht es allerdings darum, die EU-Mitgliedschaft allgemein zu bewerten, so sieht eine Drei-Viertel-Mehrheit sie als Vorteil Deutschlands an. Die Deutschen

haben also nicht nur ein rein ökonomisch geprägtes Bild vom Mehrwert der EU. Diese Erkenntnis bestätigt sich, wenn man nach dem konkreten Nutzen der EU fragt, wie die folgenden Ergebnisse zeigen.

Die EU macht Deutschland politisch stärker

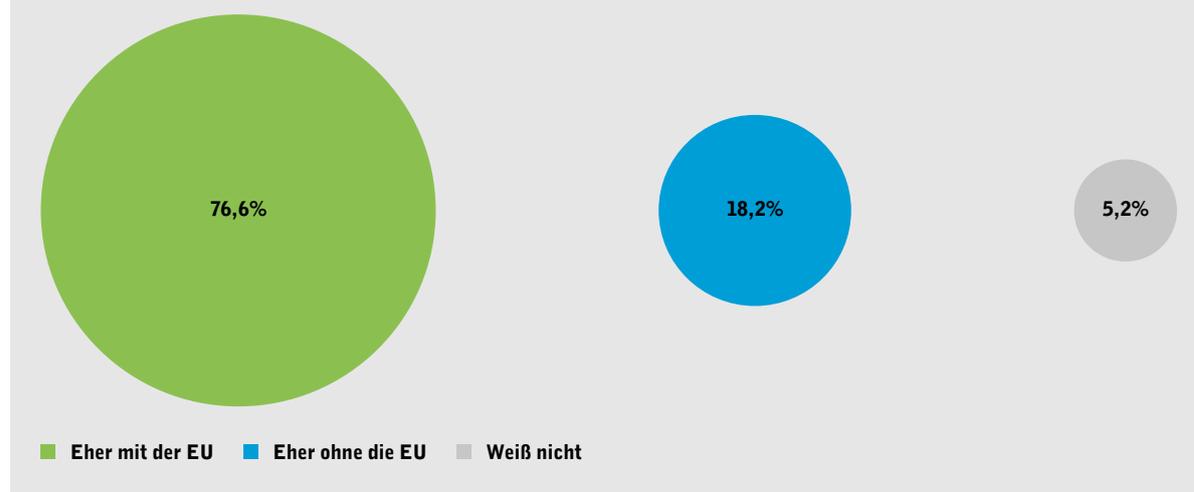
Der Zahlmeisterthese liegt ein Primat der ökonomischen Dimension der EU-Mitgliedschaft zugrunde. Die EU-Mitgliedschaft Deutschlands wird dabei allein nach einer monetären Plus-Minus-Rechnung bewertet. In Bezug auf das Selbstverständnis Deutschlands in der EU ist daher von Interesse, welche zusätzlichen Dimensionen die Bürgerinnen und Bürger für dieses Selbstbild heranziehen. Mit mehreren «Items» wurde deshalb abgefragt, auf welche Weise Deutschland jenseits der rein wirtschaftlichen Aspekte von der EU-Mitgliedschaft profitiert oder nicht.

Die Umfragedaten zeigen, dass den Deutschen eine weitere Dimension für die Bewertung der EU-Mitgliedschaft wichtig ist. Eine breite Mehrheit ist der Auffassung, dass die EU einen politischen Nutzen für Deutschland hat (Abbildung 3): So meinen 76,6 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit der EU als ohne sie erreichen kann. Die Zustimmung zum politischen Nutzen ist somit etwa gleich hoch wie zum allgemeinen Nutzen der EU-Mitgliedschaft, aber etwas höher als zum wirtschaftlichen Nutzen, für den sich knapp zwei Drittel der Deutschen aussprechen (siehe oben).

«Was mich emotional immer sehr bewegt ist, dass bei den ganzen Diskussionen über Wirtschaft und Soziales auch der historische Hintergrund vergessen wird. Vor mehr als 100 Jahren hat sich Europa gegenseitig bekriegt und der Gedanke an ein Europa, wird zu wenig betont. Ich würde mir wünschen, dass das Gemeinsame und das, was wir gewonnen haben, mehr betont wird.»

Unterschiedlich groß fallen die Mehrheiten für die Zustimmung zum politischen Nutzen vor allem in den verschiedenen Bildungsklassen aus: 80,1 Prozent der Befragten mit Abitur sind der Meinung, dass Deutschland politisch durch die EU gestärkt wird, während die Zustimmung dafür bei Menschen mit mittlerer Reife nur bei 66 Prozent liegt.

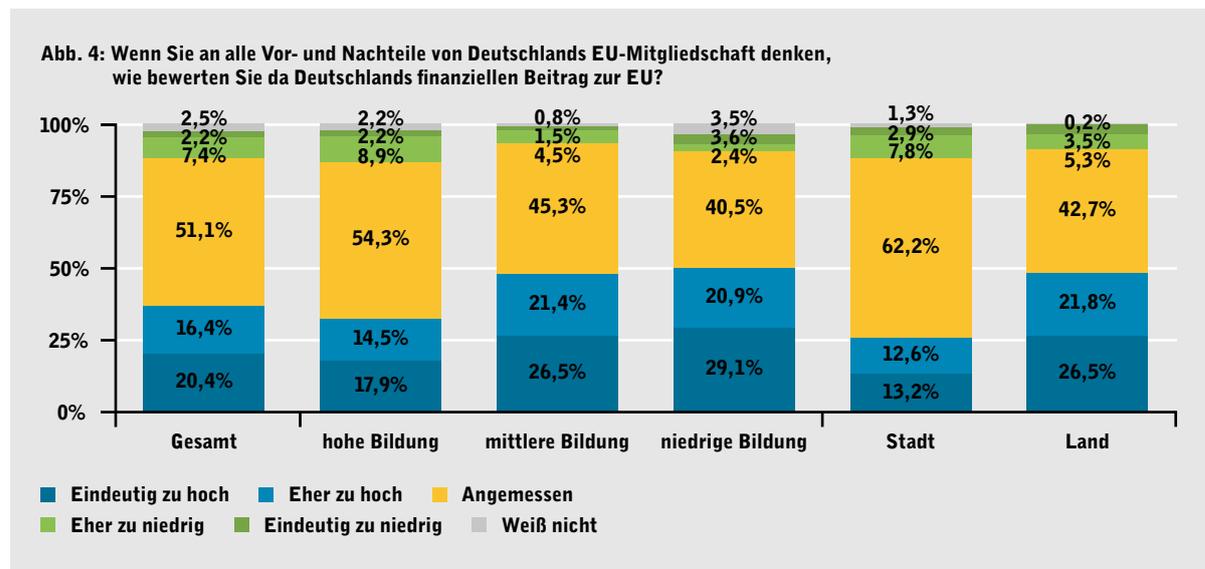
Abb. 3: Kann Deutschland Ihrer Meinung nach seine politischen Ziele eher mit der EU oder ohne die EU erreichen?



Hinsichtlich des Nutzens der EU-Mitgliedschaft finden außerdem folgende Aussagen eine breite Zustimmung: 82,8 Prozent stimmen der Aussage eher oder vollständig zu, dass dauerhafter Frieden und Sicherheit ein Nutzen der EU-Mitgliedschaft für Deutschland sind. Damit ist Frieden und Sicherheit der Nutzen, der am meisten an der EU wertgeschätzt wird. Ähnliche breite Unterstützung (75,7 Prozent) erfährt die Aussage, dass dauerhafte Freiheit und Demokratie eine positive Folge der EU-Mitgliedschaft sind. Und 68,9 Prozent sind der Meinung, dass Wohlstand und Wachstum ein Nutzen der EU-Mitgliedschaft für Deutschland sind. Die deutschen Bürgerinnen und Bürger sind also mit fast 70 Prozent mit großer Mehrheit davon überzeugt, dass die Europäische Union zu Wohlstand und Wachstum beiträgt, wenn auch nicht in dem Maße, wie sie denken, dass die EU zu Frieden und Sicherheit sowie zu Freiheit und Demokratie beiträgt. Erneut zeigt sich: Europas Nutzen wird weit über das Ökonomische hinaus gedacht, die EU wird als Friedens- und Demokratieprojekt in hohem Maße geschätzt und als nützlich für Deutschland betrachtet.

Der Deutsche EU-Beitrag ist angemessen

Dem seit den 1970er Jahren im deutschen EU-Diskurs etablierten Zahlmeistermythos liegt die Annahme zugrunde, dass Deutschlands Beitrag zum EU-Budget bereits unverhältnismäßig hoch ist oder zukünftig sein könnte. Die Bewertung der Höhe der deutschen EU-Beiträge ist also ein zentraler Faktor für die subjektive Bereitschaft, das Selbstbild vom Zahlmeister anzunehmen oder abzulehnen.



Die Ergebnisse dieser Umfrage bringen das Zahlmeisternarrativ ins Wanken. Sie zeigen, dass 60 Prozent der Deutschen nicht der Meinung sind, dass Deutschlands Beitrag in der EU zu hoch ist (Abbildung 4). 51,1 Prozent hält den finanziellen Beitrag Deutschlands zum EU-Budget für angemessen. 36,4 Prozent halten Deutschlands Beitrag dagegen für zu hoch – davon meinen 20,4 Prozent, dass der Beitrag eindeutig zu hoch und 16,4 Prozent, dass der Beitrag eher zu hoch sei. Obwohl sich die Frage ganz konkret auf Deutschlands Zahlungen bezieht, sieht die Mehrheit Deutschland nicht als Zahlmeister.

Für die Position, dass Deutschlands Beitrag zur EU angemessen ist, finden sich Mehrheiten in allen Altersgruppen, Einkommensklassen sowie in Ost- als auch West-Deutschland. Unterscheidet man die Befragten nach Bildungsabschlüssen sowie ländlicher und urbaner Wohnlage, werden erneut Differenzen sichtbar: Unter Menschen mit niedriger formaler Bildung gibt es mit 50 Prozent eine relative Mehrheit, die den deutschen Finanzbeitrag zur EU für zu hoch hält. Dieser Meinung ist unter den Befragten mit Abitur nur eine Minderheit von 32,4 Prozent.

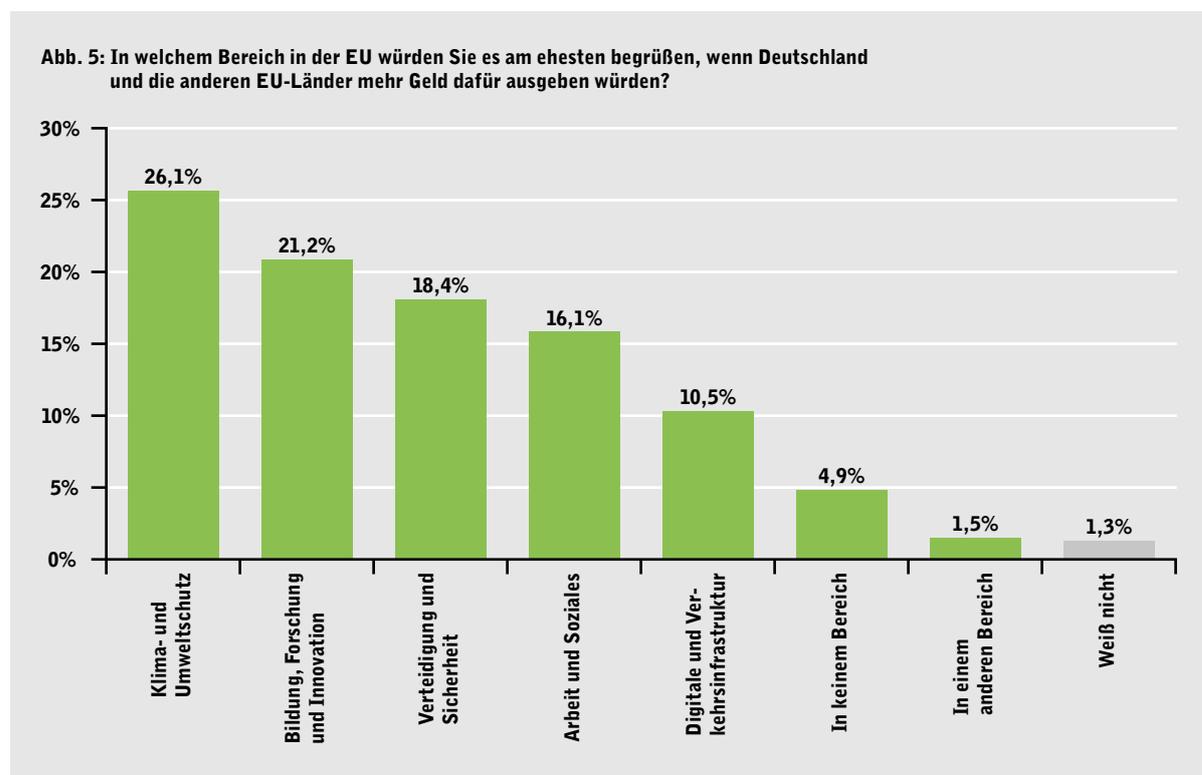
«Ist ja Fakt, wir zahlen am meisten, aber die anderen Länder prozentual dementsprechend auch, von daher gleicht sich das aus.»

«Dann wäre Meistzahler besser als Zahlmeister.»

Den deutschen Beitrag für zu hoch hält ebenfalls eine relative Mehrheit (48,3 Prozent) von Deutschen aus ländlichen Regionen. In urbanen Zentren sagen dagegen 62,2 Prozent, dass Deutschlands Zahlungen angemessen seien. Auch zwischen den Anhängerschaften der verschiedenen Parteien zeigen sich deutliche Unterschiede: 90,8 Prozent der Befragten mit Präferenz für die AfD meinen, dass Deutschlands EU-Beiträge zu hoch seien. Der gleichen Meinung ist eine relative Mehrheit der FDP-Anhängerschaft (48,4 Prozent). Dass die Höhe der deutschen Zahlungen an die EU nicht zu hoch ist, vertritt dagegen eine Mehrheit im Lager der Grünen (84,3 Prozent), SPD (83,8 Prozent), Linke (69,6 Prozent) und CDU/CSU (59,93 Prozent).

Bereitschaft für mehr Ausgaben in ausgewählten Bereichen

Aus dem Befund, dass nur wenige Deutsche den Finanzbeitrag ihres Landes zur EU für zu niedrig halten und die Mehrheit ihn angemessen findet, könnte man ableiten, dass in der Bevölkerung keine Unterstützung für mehr Zahlungen an die EU vorliegt. Dieses Ergebnis findet sich auch in einer Umfrage der Körber-Stiftung von 2016, in der die Frage gestellt wurde, ob Deutschland der EU «mehr finanzielle oder personelle Unterstützung» zur Verfügung stellen sollte.^[20]



20 Körber-Stiftung (2016): Die Sicht der Deutschen auf Europa und die Außenpolitik, https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/berliner-forum-aussenpolitik/pdf/europa-umfrage_charts.pdf

Fragt man die Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht pauschal, ob sie für höhere Zahlungen an die EU sind, sondern für eine finanzielle Aufstockung ganz bestimmter Bereiche der EU-Politik, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild (Abbildung 5): Nur 4,9 Prozent meinen, dass Deutschland und die EU-Partner in keinem Bereich mehr gemeinsame Ausgaben tätigen sollten. Über 90 Prozent wünschen sich hingegen Mehrausgaben in einem spezifischen Bereich. Unter unterschiedlichen Politikfeldern verteilen sich die Präferenzen für zusätzliche Mittel wie folgt: 26,1 Prozent würden es begrüßen, wenn Deutschland und die anderen EU-Partner gemeinsam mehr in den Klima- und Umweltschutz investieren. 21,2 Prozent sind für höhere gemeinsame Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovation, 18,4 Prozent für den Bereich Verteidigung und Sicherheit, 16,4 Prozent für Arbeit und Soziales und 10,5 Prozent für die Digitale- und Verkehrsinfrastruktur.

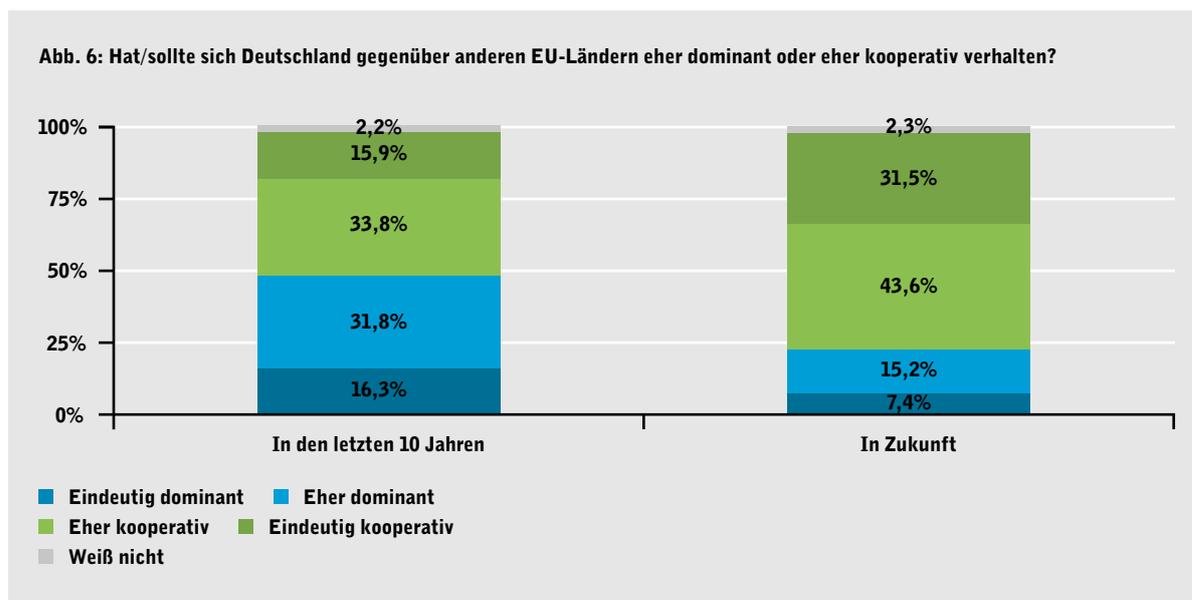
«Wenn man nicht kurzfristig denkt, sondern starke Wirtschaftsnationen generell ein bisschen mehr zahlen als die Schwächeren, dann könnte man sagen: Es ist fair. Wenn es Deutschland wirtschaftlich nicht in den nächsten paar Jahren so gut geht, dann würden wir ja von dem Konzept auch wieder profitieren.»

«Ein kleines Kind in Griechenland oder hier, das macht für mich keinen Unterschied. Aber ich würde mir wünschen, dass sich Politiker darauf konzentrieren, weil Kinder die Stützpfeiler unserer Gesellschaft sind.»

Es zeigt sich also, dass die Deutschen keineswegs grundsätzlich gegen ein stärkeres finanzielles Engagement Deutschlands in der EU sind. Das Geld muss aber in Bereiche fließen, die von den Menschen als politisch sinnvoll erachtet werden.

Deutschland sollte in der EU aktiver und kooperativer werden

Das Selbstbild vom Zahlmeister impliziert, dass Deutschlands politischer Einfluss gemessen an dem hohen finanziellen Beitrag zu gering ist. Das Fremdbild über Deutschlands Auftreten in der EU dagegen war in der Vergangenheit von negativen Beurteilungen (Dominanz) einerseits und positiven Erwartungen (Handlungsfähigkeit) andererseits geprägt. Auch unter den deutschen Bürgerinnen und Bürgern gibt es eine Diskrepanz zwischen formuliertem Anspruch und wahrgenommener Wirklichkeit hinsichtlich Deutschlands Rolle in der EU.

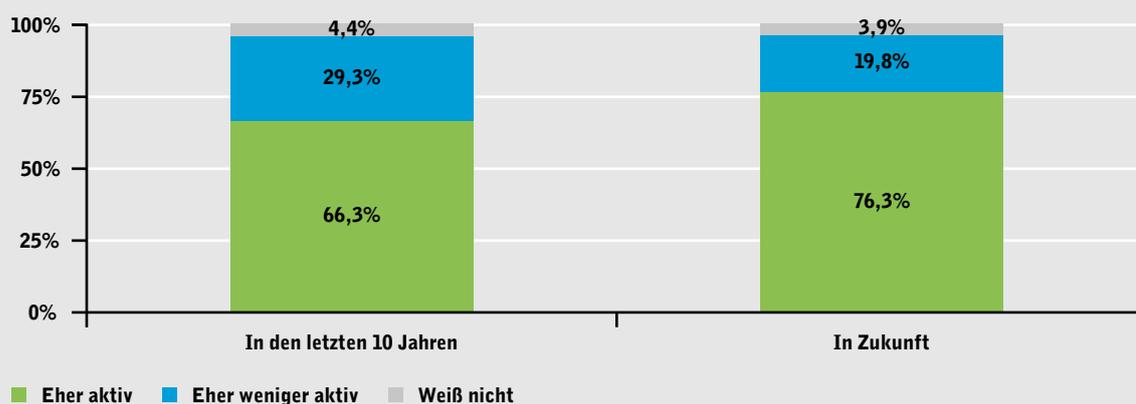


Gespalten sind die Deutschen bei der Frage, ob sich Deutschland in den letzten 10 Jahren dominant (47,8 Prozent) oder kooperativ (49,7 Prozent) gegenüber den anderen EU-Ländern verhalten hat (Abbildung 6). Eindeutiger fällt das Meinungsbild aus, wenn es um Deutschlands zukünftiges Verhalten geht: 75,1 Prozent wünschen sich, dass sich Deutschland in der Zukunft kooperativ gegenüber den EU-Partnern verhält. 22,6 Prozent präferieren ein dominantes Auftreten Deutschlands.

«Ich glaube wir kommen als Klugscheißer daher. Wir mischen uns immer ein.»

«Dominant finde ich die falsche Strategie und das falsche Verhalten. Wenn, dann muss es schon partnerschaftlich sein, weil dafür ist es ja auch die EU.»

Abb. 7: Hat/sollte sich Deutschland in der EU eher aktiv oder weniger aktiv verhalten?



Bei der Frage, inwieweit sich Deutschland in der EU eingebracht hat, sind sich die deutschen Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich einig: Auf die letzten zehn Jahre bezogen sind 66,3 Prozent der Meinung, dass Deutschland eher eine aktive Rolle gespielt hat. Für die Zukunft wünschen sich aber noch mehr Menschen ein aktives Auftreten Deutschlands: 76,3 Prozent meinen, dass sich Deutschland in der Zukunft gegenüber den anderen Gemeinschaftsmitgliedern eher aktiv verhalten sollte. Nur 19,8 Prozent wollen ein weniger aktives Verhalten. Für die Zukunft wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger also, dass sich Deutschland aktiver und kooperativer innerhalb der EU verhält.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Studie zeigen: Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Selbstverständnis von Deutschlands Rolle in der EU, das nicht dem Narrativ von Deutschland als Zahlmeister Europas entspricht. Die Mehrheit der Deutschen reflektieren die EU-Mitgliedschaft weit über den wirtschaftlichen Nutzen hinaus, sie halten die deutschen Finanzbeiträge zur europäischen Gemeinschaft nicht für zu hoch und wünschen sich für bestimmte politische Bereiche mehr gemeinsame Ausgaben von Deutschland und den EU-Partnern für eine gemeinsame EU-Politik. Die Deutschen wünschen sich, dass ihr Land zukünftig aktiver in der EU und kooperativer gegenüber den anderen Mitgliedsländern auftritt. Welche Schlüsse sich daraus für das zukünftige Selbstverständnis der deutschen Politik in der Europäischen Union ergeben könnten, wird nun im folgenden Kapitel diskutiert.

3. Ein neues Selbstverständnis Deutschlands in der EU:

Vom Zahlmeister zum Zukunftsmeister

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass der Zahlmeistermythos der deutschen Politik nicht nur im Widerspruch zur ökonomischen Gesamtrechnung, sondern auch zu den Einstellungen in der deutschen Bevölkerung steht. Somit spricht vieles dafür, dass sich die deutsche Europapolitik vom Zahlmeisternarrativ und einem simplifizierten und allein ökonomisch geprägten Paradigma für die eigene Rolle in der EU löst. Angesichts der drängenden Herausforderungen, die Europa zu bewältigen hat, ist die Zeit reif für ein neues, zukunftsorientiertes und über das Ökonomische hinausgehende Selbstbild Deutschlands in Europa. Auf Basis der Ergebnisse dieser Studie sollen nun vier Elemente als Diskussionsgrundlage für solch ein neues Selbstverständnis entwickelt werden. Die vier Elemente lauten: Verantwortung für Zusammenhalt, kooperativer Gestaltungsanspruch, Investition in die Zukunftsfähigkeit sowie Sicherung der Handlungsfähigkeit. Dieser Vorschlag für die Grundzüge eines neuen Selbstbildes Deutschlands soll eine Debatte anstoßen. Und zwar in erster Linie über die Haltung Deutschlands zu und in Europa, aus der es sein politisches Handeln in und mit der EU ableitet.

1. Verantwortung für Zusammenhalt

Während dem Zahlmeistermythos die Annahme zugrunde liegt, Deutschland sei das «Opfer der Misstände Anderer», sollte eine zentrale Prämisse des neuen Selbstverständnisses Deutschlands in der EU sein, dass wir «Profiteur von der Gemeinschaft» sind. Deutschland profitiert ökonomisch von seiner Mitgliedschaft in der EU und in der Eurozone. Aber nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch. Die EU sichert ein Leben in Frieden und Sicherheit, sie trägt zu Freiheit und Demokratie in Europa bei. Die Bürgerinnen und Bürger wissen diesen Nutzen zu schätzen. Die Rolle des Profiteurs ist im Gegensatz zum «Zahlmeister» ein Zustand der Stärke und nicht der Ohnmacht.

In Hinblick auf das eigene Verhalten in der EU sollte Deutschland daraus eine Verantwortung für den Zusammenhalt der Gemeinschaft ableiten. Heute befindet sich Europa in einem Zustand der multiplen Spaltung. Noch immer besteht eine ökonomische Spaltung zwischen dem Norden und dem Süden. Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit ist weiterhin groß. In entscheidenden Politikfeldern wie etwa der Asyl- und Flüchtlingspolitik haben sich tiefe Gräben aufgetan. Hinzugekommen ist ein Konflikt über grundlegende Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte. Aber diese Werte wären eben keine «europäischen Werte», wenn sie nicht gleichermaßen für alle Gemeinschaftsmitglieder gelten würden. Daher sollte sich Deutschland stärker dafür engagieren, die EU

auch als Wertegemeinschaft zusammenzuhalten. Das könnte zum Beispiel im Bereich der Rechtsstaatlichkeit mit einem regelmäßigen Kontrollmechanismus für die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in den Mitgliedsländern gelingen. Entzweit ist auch die Eurozone aufgrund ökonomischer Ungleichgewichte. Bei deren Verringerung muss Deutschland einen direkten Beitrag leisten. 2018 ermahnte die EU-Kommission im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters die Bundesregierung zum wiederholten Male: «Insbesondere der anhaltend hohe Leistungsbilanzüberschuss hat grenzübergreifende Implikationen und spiegelt die im Vergleich zur Sparquote gedämpfte Investitionstätigkeit sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor wider».^[21] Während Deutschland in der Vergangenheit nicht selten andere Länder für ihre Haushaltsdefizite ermahnt hat, verstärkt es mit seinem hohen Exportüberschuss selbst die Unterschiede in der Eurozone. Diese Doppelmoral sollte Deutschland ablegen und eine Wirtschaftspolitik fahren, die nicht zum Schaden anderer Gemeinschaftsmitglieder ist. Dies ist möglich, ohne dass Deutschland auf sein Wirtschaftsmodell als Exportwirtschaft und seinen Wohlstand verzichten muss. Investitionen in die sozial-ökologische Transformation tragen gleichermaßen zu Wohlstand in Deutschland und Europa bei.

Zu der Spaltung entlang nationaler Bedingungen und Präferenzen kommen zusätzlich Konflikte hinzu, die sich europaweit innerhalb von Gesellschaften vollziehen und sich bei Teilen der Bevölkerung durch soziale, ökonomische, kulturelle oder physische Unsicherheitsgefühle äußern. Als «Ursache wie auch Symptom»^[22] solcher Verunsicherungen gilt ein geringes Vertrauen in politische Institutionen, das sich gleichermaßen auf die nationale und die europäische Ebene niederschlägt. Ein Misstrauen gegenüber den nationalen und europäischen Institutionen ist besonders bei Bevölkerungsteilen mit niedriger formaler Bildung und geringem Einkommen ausgeprägt. Laut Eurobarometer verläuft die Trennlinie zwischen Misstrauenden und Vertrauenden an der Grenze von denjenigen, die sich der Mittelschicht und denjenigen, die sich der Unterschicht in europäischen Gesellschaften zurechnen.^[23] Die Ergebnisse der vorliegenden Studie haben zudem nicht unwesentliche Differenzen zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung in der Wahrnehmung eines Nutzens der EU-Mitgliedschaft aufgezeigt. Zwar ist das Armutsrisiko in Deutschland (im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Staaten) im Durchschnitt auf dem Lande geringer als in der Stadt^[24], dennoch scheint sich hierin ein europaweites Phänomen widerzuspiegeln: In ländlichen Gebieten Großbritanniens war der Zuspruch zum Brexit größer als in den

21 Europäische Kommission (2018): Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9437-2018-INIT/de/pdf>

22 Demos (2017): Mapping and responding to the rising culture and politics of fear in the European Union, <http://demos.co.uk/project/nothing-to-fear-but-fear-itself>

23 Eurobarometer (2018): Standard-Eurobarometer 89 - Frühjahr 2018, <http://ec.europa.eu/comm-frontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/83547>

24 Eurostat (2017): Eurostat regional yearbook, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/8222062/KS-HA-17-001-EN-N.pdf/eaebe7fa-0c80-45af-ab41-0f806c433763>

urbanen Zentren, die populistischen und europaskeptischen Regierungsparteien aus Ungarn, Polen und Italien mobilisieren ihre Wählerinnen und Wähler vor allem außerhalb der Metropolen. Auch in Frankreich wählen den rechtsextremen «Rassemblement National» vor allem Menschen aus suburbanen und ländlichen Gegenden, dort wo sich der Staat zurückgezogen hat und Sicherheit und Daseinsfürsorge nicht mehr garantiert.^[25] Europa gilt bei diesen Wählergruppen nicht selten als ein Projekt für die mobilen, gebildeten, urbanen Eliten. Eine Europapolitik, die sich die Stärkung des Zusammenhalts der EU zum Ziel setzt, muss diese innergesellschaftlichen Konflikte ins Auge fassen. Seinen Zusammenhalt wird Europa langfristig nur dann sichern können, wenn es sein Versprechen von Sicherheit und Wohlstand für alle Teile der Bevölkerung einlösen kann. Benachteiligte Regionen gehören hierbei in den Fokus: Die ärmsten Regionen der EU liegen auf dem Lande oder in Gegenden, die unter dem ökonomischen Strukturwandel leiden.^[26] Auf eine Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen sollte die deutsche Politik deshalb nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa hinwirken. Dazu gehören Investitionen in Infrastruktur in den benachteiligten Regionen, Digitalisierung, nachhaltige Energie und Mobilität sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards in der gesamten EU. Die Stärke Europas wird sich letztlich auch an seinem Umgang mit den Schwächsten erweisen.

2. Kooperativer Gestaltungsanspruch

Neben der Verantwortung für den Zusammenhalt der Gemeinschaft sollte aus der starken Position Deutschlands in der EU auch ein kooperativer Gestaltungsanspruch erwachsen. Dieser manifestiert sich weniger in einem Führungsanspruch als in dem Verantwortungsbewusstsein, die Zukunft Europas mit aller Kraft politisch mitgestalten zu wollen. Diese Gestaltungsmöglichkeit hat Deutschland in den letzten Jahren zu wenig genutzt, etwa wenn es um Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion, um Klima- und Umweltschutz oder die Reform der Landwirtschaft ging. Aktiv hat die Bundesregierung kaum Vorschläge in diesen Feldern beigetragen und ihre Reaktionen auf die Initiativen anderer Länder (insbesondere Frankreichs) waren äußerst zögerlich. Dieses passive Verhalten ist höchst verwunderlich: Deutschland profitiert wirtschaftlich und politisch stark von der gemeinsamen Währung und vom Binnenmarkt. Kein Land dürfte also ein größeres Interesse an einem starkem Euro und einer starken EU haben als Deutschland. Wie oben dargelegt, begründen deutsche Politikerinnen und Politiker ihre Ablehnung von Initiativen zur Stabilisierung und Vertiefung der Eurozone auch damit, dass man dem deutschen Steuerzahler nicht noch mehr zumuten könne. Einerseits steht diese rein finanzielle Argumentation im Widerspruch zu dem empirischen Befund, dass die Deutschen den Nutzen der europäischen

25 Rachman, Gideon (2018): Urban-rural splits have become the great global divider, veröffentlicht in der Financial Times vom 30. Juli 2018

26 Eurostat (2018): GDP at regional level, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/GDP_at_regional_level#Regional_gross_domestic_product_.28GDP.29_per_inhabitant

Integration weit über das Ökonomische hinaus sehen. Andererseits: Fragt man die Deutschen, ob sie dafür sind, dass Deutschland sich in der EU finanziell stärker engagiert, lehnt die Mehrheit dies laut anderer Studien ab. Eine ablehnende Mehrheit würde sich jedoch vermutlich auch finden, würde man ähnlich pauschal fragen, ob der deutsche Staat generell mehr Geld ausgeben sollte. Schließlich geht es hierbei um das Steuergeld der Menschen und das soll verständlicherweise nicht irgendwie, sondern sinnvoll ausgegeben werden. Können Mehrausgaben jedoch an konkrete politische Ziele in der EU geknüpft werden (wie in dieser Studie), dann lässt sich eine Zustimmung feststellen. Mit anderen Worten: Je nachdem ob man die Frage konkret oder pauschal stellt, bekommt man eine Antwort für oder gegen zusätzliche Ausgaben. Letztlich ist es dann vor allem eine Frage der parteipolitischen Färbung bei der es darum geht, welchen politischen Bereich man finanziell besser ausstatten möchte und welchen nicht. Politikerinnen und Politiker laufen jedoch Gefahr bei der Rechtfertigung ihrer Position eine spezifische europapolitische Dimension außer Acht zu lassen: Jede Partei hält im Rahmen des politischen Wettstreits bestimmte Ausgaben für mehr oder weniger sinnvoll. Alle pro-europäischen Kräfte befürworten gemeinsame europäische Projekte, ob in der Verteidigungspolitik oder im Klimaschutz. Die Unsinnigkeit von bestimmten Ausgaben aber damit zu begründen, dass Deutschland schon genug an die EU zahle, ist ein prinzipielles Argument gegen den Gemeinschaftsgeist. Denn gemeinsame Ziele erfordern gemeinsame Anstrengungen, zu denen jedes Mitglied proportional zu seiner Wirtschaftskraft beiträgt. Es ist also weder konsistent noch europäisch, Ausgaben in einem Bereich mit dem prinzipiellen Argument von der «deutschen Belastung» abzuschmettern, während man sie für anderen Ziele befürwortet. Darüber hinaus suggeriert diese Argumentation fälschlicherweise, dass nur Deutschland mehr zahlen soll, während andere Länder das nicht tun müssten. Dies entspricht nicht den Fakten. Auch wird oftmals ausgeblendet, dass mit der ökonomischen Stärke auch die Fähigkeit und Verantwortung zur Gestaltung einhergeht. Wenn Deutschland seinen Führungsanspruch in einen kooperativen Gestaltungsanspruch ummünzt, dann wird es die Handlungsfähigkeit der EU zukünftig stärken statt diese auszubremsen. Diesen Gestaltungsanspruch hat Deutschland in den letzten Jahren nicht ausreichend wahrgenommen.

«Politische Einflussnahme kann man ja gar nicht in Geld aufwiegen. Wir können unsere Meinung vertreten in der EU und ich denke, dass schon vielen Leuten wichtig ist, was Deutschland denkt, auch wenn wir das nicht unbedingt immer durchsetzen können. Aber das Gute ist doch, dass wir als starkes Europa dastehen. Ich finde da kann Deutschland einen super Teil zu beitragen.»

Hinsichtlich des Europadiskurses in Deutschland scheint es jedenfalls angemessen, dass sich diese Debatte stärker an einem politischen statt rein finanziellen Framing orientiert. Das soll heißen: Statt den wenig europäischen Deutungsrahmen von der deutschen Finanzbelastung strategisch zu aktivieren, sollten Parteien in der Debatte politisch argumentieren

und über konkrete Politikvorschläge diskutieren. Dann ist Europa nicht die eindimensionale Plus-Minus-Rechnung, sondern die Möglichkeit, im Wettstreit um die besten Ideen politische Ergebnisse zu erzielen und Politik zu gestalten. Ein zentrales Element des deutschen Selbstverständnisses in der EU könnte somit lauten: Europa ist nicht primär ein Kostenfaktor für Deutschland, sondern vor allem ein Gestaltungsfaktor.

3. Investition in die Zukunftsfähigkeit

Deutschlands politischer Gestaltungsanspruch sollte sich in erster Linie auf die Zukunftsfähigkeit Europas beziehen. Dazu gehört einerseits das Eintreten für den Zusammenhalt in Europa, der durch die multiple Spaltung innerhalb und zwischen den Ländern akut gefährdet ist. Andererseits bedarf es einer politischen Strategie für die ökologische Transformation der Wirtschaft, die Schaffung zukunftsfähiger Jobs, die Stärkung sozialer Gerechtigkeit und die Gestaltung von Digitalisierung, Technologie und Mobilität. Kurz gesagt: Ein «Green New Deal» für Europa.^[27] Gerade in der Klimapolitik hat Deutschland in den letzten Jahren seinen europäischen und globalen Gestaltungsanspruch aufgegeben. Bei den Verhandlungen in der EU über CO₂-Emissionsziele für PKWs im Jahr 2018 sowie Nutzfahrzeuge im Jahr 2019, hat Deutschland jeweils höhere Reduktionsziele verhindert. Statt bei der ökologischen Transformation der Wirtschaft und des Verkehrs voranzugehen, hat Deutschland diese Entwicklung gebremst. Dieses Verhalten wird dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht, dass ihr Land in der EU bei Zukunftsthemen aktiver sein soll. Dabei geht es keinesfalls darum, eine deutsche Dominanz auf neuen Themenfeldern zu entwickeln. Vielmehr sollte Deutschlands Gestaltungsanspruch von Aktion und Kooperation geprägt sein. Deutschland sollte also Impulsgeber und Teamplayer zugleich sein, damit Europa die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern kann.

Im Konkreten könnte diese Rolle in der Klimapolitik so aussehen, dass Deutschland zusammen mit Frankreich die Initiative für die Einführung eines gemeinsamen CO₂-Mindestpreises übernimmt. Auch die Niederlande bieten sich hierfür als Partner an. Im Bereich von Forschung und Innovationen könnte Deutschland eine europäische Gründerförderung für Start-ups vorantreiben. Ohne neue Impulse auf diesem Gebiet droht Europa in der Robotik, Künstlichen Intelligenz oder Nanotechnologie von den USA und China abhängt zu werden. Genauso gilt es dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach physischer und sozialer Sicherheit Rechnung zu tragen. So sollte Deutschland auch in diesen Bereichen etwa mit dem Einsatz für soziale EU-Mindeststandards und einem Europäischen Kriminalamt, einer europäischen Polizei zum Beispiel nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts, zu einer treibenden Kraft werden.

27 Heinrich-Böll-Stiftung (2011): Green New Deal, <https://www.boell.de/de/content/green-new-deal>

«Wie ein Quarterback. Deutschland ist zwar ein Teil des Spiels aber quasi der Spielmacher.»

Bei der Gestaltung der Zukunft sollte Deutschland nicht davor zurückschrecken, gemeinsam mit seinen EU-Partnern in zukunftsträchtige Politikfelder zu investieren. Ausgaben für den sozial-ökologischen Wandel der EU sollten, sofern solide geplant und kalkuliert, nicht als finanzielle Belastung, sondern als Investition in die Zukunft gesehen werden. Die Bürgerinnen und Bürger jedenfalls scheinen dafür offen zu sein, wie die Daten dieser Umfrage belegen.

4. Sicherung der Handlungsfähigkeit

Selbst wenn einzelne Länder weitreichende Vorschläge für die Zukunft Europas machen, ist es nicht zuletzt durch eine politische Spaltung im Rat der EU schwieriger geworden, die notwendigen Mehrheiten für solche Initiativen zu schmieden. Das beschneidet zunehmend die Handlungsfähigkeit der EU. Doch ein gelähmtes Europa ist ein schwaches Europa, unter dem gerade auch Deutschland zu leiden hat. Es sollte deshalb zum deutschen Selbstverständnis gehören, die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern. Einzelne Länder sollten nicht das Voranschreiten der gesamten Union blockieren können. Schon heute kann Deutschland über die Methode der verstärkten Zusammenarbeit gemeinsam mit Frankreich und weiteren Mitgliedsstaaten vorangehen. Länder, die zunächst nicht dabei sein wollen, werden dabei nicht ausgeschlossen, sondern haben stets die Möglichkeit, sich einer Initiative anzuschließen. Dazu muss es ein Bewusstsein geben, dass Entscheidungen einer Allianz der Vorangehenden auch vitale Interessen der (noch) nicht-beteiligten Länder tangieren können, deren Belange deshalb mit bedacht werden sollten. Damit werden Türen aufgehalten. Wenn sich Maßnahmen, die mittels verstärkter Zusammenarbeit initiiert wurden, in der Praxis als sinnvoll erweisen, werden weitere Länder folgen. Gleichwohl sollte Deutschland auch darauf hinwirken, dass in weiteren Politikfeldern vom Einstimmigkeitsprinzip abgerückt und der Mehrheitsentscheid eingeführt wird. Insbesondere in der Steuerpolitik ist es höchst problematisch, dass Niedrigsteuerländer wie Irland oder Luxemburg als Vetospieler auftreten können. Auch in der Gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik führt der Zwang zur Einstimmigkeit immer wieder zu Blockaden. Angesichts wachsender Spannungen innerhalb der NATO, muss die EU zunehmend in der Lage sein, auch global als ein starker und handlungsfähiger Akteur aufzutreten. Deutschland sollte sich deshalb dafür einsetzen, das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen auf diese Politikfelder auszudehnen. Nur eine entscheidungsfähige EU ist ein handlungsfähiges Europa.

Europa ist das Friedens- und Demokratieprojekt des 20. Jahrhunderts, jetzt muss diese Errungenschaft auch für das 21. Jahrhundert gesichert werden. Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland muss dazu seinen Beitrag leisten. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger ist bereit dazu.

Methodisches Vorgehen

Für diese Studie wurde im Januar 2019 eine qualitative und eine quantitative Untersuchung durchgeführt: Der erste Schritt bestand aus Gruppendiskussionen (qualitativ), der zweite Schritt aus einer Online-Befragung mit (quantitativer Studienteil).

Für den qualitativen Studienteil hat pollytix strategic research am 10. Januar 2019 insgesamt drei 90-minütige Fokusgruppen mit je 6 Teilnehmerinnen und teilnehmer durchgeführt. Aus forschungsökonomischen Gründen wurden alle Gruppen in Berlin durchgeführt. Für die Gruppen wurden Wahlberechtigte zwischen 18 und 69 rekrutiert und beim Wohnort zwischen (ehemaligen) Ost- und Westbezirken unterschieden. Bei der Gruppenbesetzung wurde auf eine angemessene Durchmischung nach soziodemografischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Bildung, berufliche Situation, Kinder und Einkommen) sowie Parteipräferenz geachtet. Zitate aus den Fokusgruppen sind in dieser Studie inhaltlich unverändert, aber sprachlich geglättet.

Für den quantitativen Studienteil hat das Meinungsforschungsunternehmen Civey 5.000 Personen zwischen dem 23. und dem 25. Januar 2018 befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt zwischen 2,5 und 3,6 Prozent.



Die Autorinnen und Autoren

Johannes Hillje arbeitet als selbstständiger Politik- und Kommunikationsberater in Berlin und Brüssel und ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum.

Dr. Christine Pütz ist Referentin Europäische Union im Referat Europäische Union/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung.

Wir danken Michael Alvarez Kalverkamp, Rainer Emschermann, Sergey Lagodinsky, Michael Miebach, Sophie Pornschlegl und Paulina Fröhlich für ihre hilfreichen Kommentare.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Fachkontakt: Dr. Christine Pütz, Referat EU **E** puetz@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: April 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.10>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.boell.de/publikationen